



Newsletter vom 16. 6. 2024

Inhalt

Nicht zu Ende gedacht.....	1
14. Juni 2024, Hanspeter Amstutz.....	1
Sternchen und Farben statt 1 bis 6 – lernen unsere Kinder so wirklich besser?	4
Sonntagszeitung, 9.6.2024, Armin Müller und Nadja Pastega	4
Respekt, Ruhe und Regeln – genügt das?	8
Sonntag/Doppelpunkt/Ferment, 24/2024, 12. Juni 2024, Stephan Leimgruber	8
«Schüler lernen mehr, wenn ihr Lehrer streng benotet»	10
NZZ, 4. Juni 2024, Schweiz, Katharina Fontana	10
Grammatik des Lernens.....	13
NZZ, 14. Juni 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	13
Ausbildung ist viel zu theorielastig.....	13
Tages-Anzeiger, 11. Juni 2024, Forum, Leserbrief	13
Schlimmer als vor 30 Jahren	13
Tages--Anzeiger, 11. Juni 2024, Forum, Leserbriefe	13
«Das weiss man schon lange»	14
NZZ am Sonntag, 9. Juni 2024, Leserbriefe	14
«Das Bildungssystem ist das Problem, nicht wir»	15
Tages-Anzeiger, 3. Juni 2024, Zürich, Tina Fassbind	15
Der Lohn ist der falsche Hebel	16
NZZ, 6. Juni 2024, Meinung & Debatte, Marius Huber.....	16
«Der Lohn ist der falsche Hebel»	17
NZZ, 14. Juni 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief	17
Faule Teilzeitlehrerinnen sind nicht das Problem	18
Tages-Anzeiger, 5. Juni 2024, Meinungen, Jigme Garne	18

Nicht zu Ende gedacht

14. Juni 2024, Hanspeter Amstutz

Die Bilanz bei den grossen Schulreformen fällt ernüchternd aus

Es ist eine eigentliche Überraschung, dass eine auflagenstarke Zeitung es wagt, die grossen Bildungsreformen der letzten zwanzig Jahre einer Prüfung zu unterziehen. Und noch erstaunlicher ist es, auf welche Weise dies geschehen ist. Im doppelseitigen Beitrag von Nadja Pastega und Armin Müller in der Sonntagszeitung ist keine Spur von billigem Populismus zu finden. Das Autorenteam hat offensichtlich sehr sorgfältig recherchiert und dessen Arbeit überzeugt durch hohe Sachlichkeit.



Fünf Reformen werden im Beitrag auf ihre Wirksamkeit hin genauer beleuchtet. Auffallend dabei ist, dass in allen fünf Grossprojekten sehr vieles nicht zu Ende gedacht wurde. In der euphorischen Reformstimmung nach der Jahrtausendwende wurde fast jedes Reformprojekt freudig und meist kritiklos begrüsst. So galt das Kompetenzmodell des neuen Lehrplans als grosser theoretischer Wurf, dessen Grundkonzept sakrosankt war. Wenn wir die früheren hohen Erwartungen mit den vorliegenden Resultaten aus heutiger Sicht vergleichen, lässt sich Folgendes bilanzieren:

Frühfranzösisch

Eine frühe Mehrsprachigkeit in der Mittelstufe wird als Schlüssel für erfolgreiches Fremdsprachenlernen propagiert. Die Schüler sollen in ein «Sprachbad» eintauchen und sich in jeder Sprache munter unterhalten können.

Bilanz: Mehr als die Hälfte aller Mittelstufenschüler kommt in mindestens einer Fremdsprache (meistens im Französisch) nicht mehr mit und fühlt sich frustriert. Nicht bedacht wurde, dass mit dem Modell einer frühen Mehrsprachigkeit das Bildungsprogramm der Mittelstufe überladen wird und Aufwand und Ertrag in keiner Weise übereinstimmen.

Totalintegration

Alle Schülerinnen und Schüler, auch solche mit kognitiven Beeinträchtigungen und extrem Verhaltensauffällige, haben das Recht, eine Regelklasse besuchen zu können.

Bilanz: Die Heterogenität in manchen Regelklassen übersteigt ein erträgliches Mass und bringt die Klassenlehrerinnen an den Anschlag. Der Ruf nach immer mehr Betreuungspersonal wird für die Schulen finanziell zu einem Fass ohne Boden. Die Herausforderung für die Lehrkräfte durch die Totalintegration wurde völlig unterschätzt.

Lernen im Alleingang

Selbstorganisiertes Lernen gilt als Chance für eine umfassende Individualisierung des Unterrichts. Damit verbunden ist eine Reduktion des gemeinsamen Klassenunterrichts (Frontalunterricht), längeres Arbeiten an digitalen Geräten und ein stark verändertes Berufsbild für Lehrpersonen. Diese sollen die Lernprozesse der Jugendlichen nur noch als Coachs begleiten und für die Organisation von Lernlandschaften zuständig sein.

Bilanz: Mittlere und schwächere Schüler sind mit dem selbstorganisierten Lernen meistens völlig überfordert. Langes Lernen am Bildschirm ist im Vergleich zu einem ermutigenden gemeinsamen Klassenunterricht wenig effizient. Wird das neue System gar radikal umgesetzt, laufen oft ganze Klassen aus dem Ruder.

Lehrplan als Wegweiser

Der Lehrplan 21 gilt als Garant für eine fortschrittliche Entwicklung der Schule. Mit diesem Jahrhundertwerk sollen die Bildungsziele in der ganzen Deutschschweiz vereinheitlicht werden. Statt Bildungsinhalte steht neu der Erwerb nützlicher Kompetenzen im Zentrum. Durch die Festlegung von klar definierten Grundanforderungen und erweiterten Bildungszielen in allen Fächern erhebt der Lehrplan den Anspruch, ein verlässlicher Bildungskompass für jede Schule zu sein.

Bilanz: Der überladene Lehrplan ist in vielen Bereichen völlig abgehoben von der Schulrealität. Mit seinen umständlichen Kompetenzbeschreibungen ist er keine Hilfe für die Lehrkräfte. Diese möchten für den Unterricht eine bessere inhaltliche Orientierung.

Schule ohne Noten

Das jüngste Reformprojekt findet man in der wiederaufgeflamten Diskussion um eine gerechtere Schülerbeurteilung. Nach Meinung eines Teils der Bildungsreformer sollen die Zeugnisnoten durch individuellere Formen einer Beurteilung abgelöst zu werden. Die Forderung ist eine logische Folge aus einem konsequent individualisierten Unterricht, in welchem es schwierig ist, bei unterschiedlichen Leistungszielen vergleichbare Noten zu geben.



Bilanz: Noch ist nichts entschieden, doch die Idee einer Schule ohne Noten ist in keiner Weise zu Ende gedacht. Was anstelle von Noten treten soll, überzeugt überhaupt nicht.

Ungünstiger Einfluss auf die Klassenführung durch blosses Berufsbild

Dank der praktischen pädagogischen Vernunft und des unermüdlichen Engagements unzähliger Lehrkräfte werden die meisten Klassen noch immer gut geführt. Nur ob das auch in Zukunft so bleiben wird, ist eine offene Frage. Die Verunsicherung der Lehrpersonen durch stark umstrittene Lernkonzepte hat bereits Alarmwerte erreicht. Wenn in gewissen Reformschulen eine Lehrerin primär eine Lernbegleiterin sein soll und eine Klassenführung im Frontalunterricht mit dogmatischer Schärfe abgelehnt wird, muss man sich über unruhige Klassen nicht wundern.

Die gedankenlose Abwertung der Führungsfunktion von Lehrpersonen hat viel damit zu tun, dass zwischen autoritärem Verhalten und echter Autorität oft kaum unterschieden wird. Kompetente Lehrerinnen und Lehrer, die engagiert und vertrauenswürdig unterrichten, dürfen Autorität beanspruchen. Es schadet jeder Schule, wenn Autorität durch höchst fragwürdige Lernkonzepte untergraben wird. Der erhellende Beitrag von Carl Bossard deckt sehr schön auf, worum es bei der Autoritätsfrage geht und was dabei alles schief laufen kann.

Kritik am Unzulänglichen ist kein Nein zu innovativer Schulentwicklung

Wo es den Bildungsplanern bei schulischen Fehlentwicklungen offensichtlich am Willen zur Korrektur mangelt, ist Klartext absolut gerechtfertigt. Unsere Volksschule darf kein Experimentierfeld für unausgelegene Reformen sein. Es wäre aber eine arge Verzerrung, wenn aufgrund der notwendigen Kritik die positiven Seiten der Entwicklung unserer Volksschule ausgeblendet würden. Wir haben heute in mancher Hinsicht eine bessere Schule als in den «guten alten Zeiten».

Die Klassen sind kleiner, die meisten Lehrmittel sind auf einem didaktisch hervorragenden Niveau und die Unterrichtsformen sind kindgerechter. Niemand möchte zurück zu den langweiligen Deutsch-Übungsbüchern aus den Sechzigerjahren oder den seitenlangen Stöcklirechnungen in den alten Rechenbüchern. Es sind gewaltige Entwicklungen im Bereich der Lehrmittel passiert. Überall da, wo erfahrene Lehrkräfte am Konzept neuer Lehrmittel beteiligt waren, ging es entscheidend vorwärts. Die meisten modernen Schulbücher sprechen die Kinder mit attraktiver Gestaltung an und sind mit ihrem durchdachten Aufbau ein Wegweiser für erfolgreichen Unterricht.

Eine erfolgreiche Schulentwicklung beruht in erster Linie auf der Innovationskraft kompetenter Lehrpersonen. Diese sind es, die aus dem täglichen Umgang mit jungen Menschen wissen, wo es Verbesserungen braucht und wo ganz Neues gewagt werden kann. In Zusammenarbeit mit den Lehrmittelverlagen und den Fachhochschulen sollen Ideen konkretisiert, anschliessend in Versuchsklassen ausprobiert und am Ende einer gründlichen Evaluation unterzogen werden. Ist kein pädagogischer Mehrwert ersichtlich, muss über die Bücher gegangen oder eine Reform allenfalls abgebrochen werden. Dieser klar markierte Weg führt zu einem nachhaltigeren Fortschritt als jedes weit weg von der Praxis entwickelte Lernkonzept.

Weitere Texte ausserhalb unseres Themenschwerpunkts

Wie immer bildet unsere Leserbriefsammlung eine Fundgrube für schulpolitische Inputs und Beobachtungen aus dem Schulalltag. Die weiteren Texte gehören zum Pressespiegel über das Bildungsgeschehen der letzten zwei Wochen.

Hanspeter Amstutz



Sternchen und Farben statt 1 bis 6 – lernen unsere Kinder so wirklich besser?

Sonntagszeitung, 9.6.2024, Armin Müller und Nadja Pastega

Testlabor Klassenzimmer • Abschaffung der Noten, Integration schwieriger Kinder und Frühfranzösisch: Wir haben die umstrittensten Schulreformen der Schweiz mal genauer unter die Lupe genommen.

Die Bildungsreformer landauf, landab planen die Schule der Zukunft. Dabei sind die grossen Reformen der letzten Jahre noch nicht verdaut. Manche dieser Neuerungen wurden in Volksabstimmungen bestätigt, andere von der Bildungsverwaltung und der Politik von oben verordnet. Alle haben das gleiche Ziel: die Verbesserung des Unterrichts. Aber wirklich gemeinsam ist bei sämtlichen dieser grossen Reformen vor allem eines: Sie sind stark umstritten.

Keine Noten mehr: Die Suche nach dem richtigen Bewertungs-System

Aktuell dreht sich eine neue Debatte um die Abschaffung der Noten. Die «Starke Schule beider Basel», ein Verein von Lehrpersonen und Eltern, hat dazu in den beiden Halbkantonen eine Umfrage durchgeführt, an der 666 Lehrpersonen, Mütter, Väter und Bildungsinteressierte teilgenommen haben. Das Ergebnis, das diese Woche publiziert wurde: Nur knapp ein Fünftel der Befragten will die Noten an den Volksschulen streichen.

Die Befragten gaben auch an, ab welcher Klasse Noten verteilt werden sollen. Jeder Dritte wünscht sich hier die 3. Primarklasse.

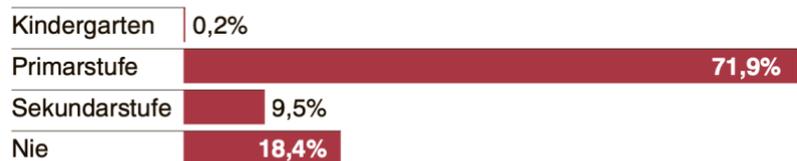
Doch der Trend geht in die andere Richtung. Statt Noten verteilen manche Schulen Sternchen, Sünneli, Raketen, Krönchen, ein Smiley und Blüemli. Die Diskussion hat Schub bekommen, als die Stadt Luzern kürzlich entschied, auf Prüfungsnoten zu verzichten. Stattdessen setzt man auf Feedback-Gespräche oder «Kompetenzraster». Am Schluss gibt es trotzdem Noten – im Zeugnis.

In den Kantonen Zürich, St. Gallen und Aargau haben bereits mehrere Schulen die Prüfungsnoten gestrichen. So etwa die Primarschule Rotmonten-Gerhalde SG, die unter dem Jahr auf ein 4er-Raster setzt: «Klappt noch nicht», «gelingt teilweise», «kannst du gut», «kannst du sehr gut». Die Primarschule im aargauischen Birmenstorf verzichtet seit vielen Jahren auf Noten zwischen den Zeugnissen, an der Schule Hochfeld in Bern gilt das seit letztem August für alle Stufen.

Sogar in Sekundarschulen werden die Ziffern 1 bis 6 für Prüfungen abgeschafft. Zum Beispiel an der Oberstufe Centrum in St. Gallen. In Wädenswil ZH haben Lehrpersonen von Prüfungsnoten auf

Klare Mehrheit will Noten in der Primarschule

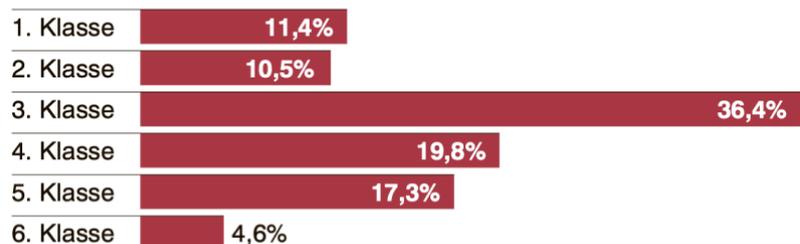
Ab welcher Schulstufe sollen Prüfungsnoten eingeführt werden?
(Antworten in Prozent)



Quelle: Starke Schule beider Basel

Noten ab der dritten Klasse finden am meisten Zustimmung

In welcher Primarklasse sollen Noten eingeführt werden?
(Antworten in Prozent)



Quelle: Starke Schule beider Basel



Farben umgestellt: Die Jugendlichen setzen sich zu Beginn des Semesters für jedes Fach eine Zielnote. Die Lehrer und Eltern würden bei der «Setzung der Zielnote» einbezogen, betont die Schule. Haben die Schüler diese Zielnoten übertroffen, gibt es beispielsweise Pink, erreichen sie diese, gibt es Grün. Und Orange, wenn sie darunter liegen.

Schlechte Noten seien demotivierend, argumentieren die Abschaffungsbefürworter. An vorderster Front weibelt Thomas Minder, Präsident des Schweizer Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter. Er sagt: «Noten korrumpieren das Lernen. Anstatt den Fokus auf Lerninhalten zu haben, zielen die Lernenden auf die Note.» Ganz schlimm sei es, wenn Eltern noch eine Geldprämie für gute Noten in Aussicht stellten. Denn Kinder hätten generell einen Antrieb, zu lernen.

Noten mag eigentlich kaum jemand. Nur: Gibt es ein besseres System? Nein, sagen die Notenbefürworter. Das 1-bis-6-System ermögliche eine schnelle Rückmeldung und sei nicht mehrdeutig. Eine Drei ist ungenügend, das versteht jeder. Dagegen sei eine Bewertung mit Worten oder einem Smiley interpretationsbedürftig. Es fragt sich auch, wie so entstandene Zeugnisnoten einem allfälligen Rekurs standhalten würden.

Im Kanton Zürich hat das Parlament die Notenabschaffer in die Schranken gewiesen und die Pflicht zur Zeugnisnote ins Volksschulgesetz geschrieben – damit diese nicht auch noch ins Wanken geraten.

Was die Abschaffung von Prüfungsnoten bewirkt, ist kaum bekannt – ein Experiment am Kind. «Es liegen praktisch keine Forschungsergebnisse darüber vor, welche Schule besser funktioniert: jene mit Noten oder die ohne», sagt der Schweizer Bildungsforscher Stefan Wolter. Hingegen sei gut untersucht worden, wie sich die Notengebung auf die Leistung auswirkt. Resultat: «Mit einer strengen Notengebung bringen Schülerinnen und Schüler bessere Leistungen, als wenn der Lehrer bei der Beurteilung Milde walten lässt.»

Stefan Wolter hörte kürzlich von einer Schule, an der den Kindern ein Baum mit Ästen präsentiert wurde. War die Leistung nicht gut, wurden Äste vom Baum abgeschnitten. Inwiefern diese Rückmeldung motivierend sein sollte, so Wolter, sei ihm ein Rätsel.

Alle Kinder in die Regelklassen? Das bringt Lehrkräfte ans Limit

2004 trat in der Schweiz das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft. Damals gab die Bildungspolitik unter dem Stichwort «Inklusion» ein grosses Versprechen ab: Alle Kinder, egal wie verschieden sie sind, sollen nach Möglichkeit im regulären Unterricht Platz finden. Das gilt auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, psychischen Problemen, Lernschwierigkeiten und Verhaltensstörungen. Niemand soll ausgegrenzt werden.

Laut Bildungsbericht 2023 bekommen rund 4 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule sonderpädagogische Massnahmen. Knapp die Hälfte davon wird in normalen Regelklassen unterrichtet. Doch zwischen den Kantonen gibt es grosse Unterschiede.

Eine St. Galler Untersuchung des Bildungsökonomens Aurélien Sallin kommt zum Schluss, dass inklusive Schulen hinsichtlich der Leistung und der Arbeitsmarktintegration besser abschneiden – das gelte für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen genauso wie für die Begabten. Entscheidend sei aber eine ausgeglichene Zusammensetzung der Klassen. Zu diesem Schluss kommt auch Simone Balestra, Forscherin an der Universität St. Gallen: Bei einem hohen Anteil von integrierten Kindern und Jugendlichen in einer Klasse gebe es einen Kippeffekt – das heisst: Die schulische Leistung der Mitschülerinnen und Mitschüler sinkt.

Vor allem verhaltensauffällige Schüler und Schülerinnen bringen Klassen und Lehrpersonen ans Ende ihrer Kräfte. Viele Lehrerinnen und Lehrer berichten von der Not im Klassenzimmer. Im Kanton Aargau führte ihr Verband letztes Jahr eine Umfrage durch. Ergebnis: Das Konzept der inklusiven Schule ist am Anschlag.

Im Kanton Bern hat das Parlament im November entschieden, dass die Gemeinden wieder vermehrt Kleinklassen anbieten können, wenn die integrative Schule ans Limit kommt.



In Basel-Stadt hat die Freiwillige Schulsynode, die Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer, die «Förderklassen-Initiative» eingereicht. Ziel: die Wiedereinführung von Kleinklassen. Laut Erhebungen sitzen im Schnitt drei bis vier verhaltensauffällige Kinder in einer Klasse.

In Zürich sammelt ein überparteiliches Komitee mit Vertretern aus FDP, GLP und SVP derzeit Unterschriften für eine Initiative, die eine Rückkehr zum Kleinklassenmodell im Kanton fordert. «Ein Blick in die Klassenzimmer zeigt, dass das Schulsystem am Anschlag ist», sagt Schulleiterin Yasmine Bourgeois, Co-Präsidentin des Initiativkomitees und Stadtzürcher FDP-Gemeinderätin.

Die Kinder hätten je nach Bedarf unterschiedliche Lernprogramme und verschiedene Ansprechpersonen – vom Lehr- und Therapiepersonal über Heilpädagoginnen bis hin zu Klassenassistenten. Das Kommen und Gehen während des Unterrichts sorgt für Unruhe und Überforderung der Kinder, sagt Yasmine Bourgeois. «So geht es nicht weiter.»

Lernen im Alleingang: «Hat sich nicht bewährt»

Die Losung, die durch viele Schulstuben zieht, heisst selbst organisiertes Lernen (SOL). So sollen Schülerinnen und Schüler motiviert und ihnen Eigenverantwortung beigebracht werden. Weit gediehen ist das Lernen im Alleingang an der Oberstufenschule in Wädenswil ZH: Hier lernen alle 600 Schülerinnen und Schüler in rund einem Drittel der Unterrichtszeit «selbst organisiert» in alters- und stufendurch- mischten Lernlandschaften.

Auch an Basler und Luzerner Schulen soll die Schülerschar selbst gesteuert lernen. In der Stadt Zürich gibt es seit 2020 solche Projekte bereits auf der Mittelstufe. Damit sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, ein eigenes Projekt von A bis Z zu planen und durchzuführen. Zum Beispiel ein Labyrinth für ein Meerschweinchen zu zimmern.

Doch die Methode, die als Konzept der Zukunft gefeiert wird, ist umstritten. Manche Lehrkräfte und Eltern fürchten, dass es zu einer Überforderung und zu Wissenslücken kommt.

«Dass Schülerinnen und Schüler selbstständig an ihren Lerndefiziten arbeiten, hat sich an unserer Schule nicht bewährt», sagt Christoph Ziegler. Er ist Sekundarlehrer in Elgg ZH, Kantonsrat der Grünliberalen und Ex-Präsident der Bildungskommission. «Viele Jugendliche», so Ziegler, «haben Mühe, auf sich allein gestellt konzentriert zu arbeiten. Sie müssen angeleitet werden.»

Die SOL-Euphorie, sagen Kritiker, sei der Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen: Schüler sollen selbstständig lernen, weil Lehrpersonen fehlen – es handle sich um eine versteckte Sparmassnahme.

Frühfranzösisch: Der Unterricht an der Primarschule wird überprüft

Gemäss Sprachenkonzept der Erziehungsdirektorenkonferenz beginnen die Kantone spätestens in der dritten Primarklasse mit der ersten Fremdsprache, spätestens im fünften Schuljahr mit der zweiten. Doch vor allem Frühfranzösisch ist umstritten.

Im Kanton Basel-Landschaft muss die Regierung nach einem Parlamentsbeschluss den Französisch-Unterricht in der Primarschule einer Prüfung unterziehen. Eine Standortbestimmung des Sprachenkonzepts soll die Grundlage liefern für den Entscheid, ob Frühfranzösisch abgeschafft wird.

Auch im Kanton Bern muss die Regierung «die Sinnhaftigkeit des Frühfremdsprachenerwerbs» prüfen, nachdem das Parlament im März mit grosser Mehrheit eine entsprechende Motion überwiesen hat. Die Berner Bildungsdirektion wehrte sich dagegen: «Die Forschung weist nach, dass die Sinnhaftigkeit des Frühfremdsprachenerwerbs gegeben ist.»

Davon kann jedoch keine Rede sein. Denn die Auswirkungen der Schulreform auf die Fremdsprachenkenntnisse wurden kaum untersucht, «da in der Schweiz keine standardisierten Tests für Fremdsprachenkenntnisse durchgeführt werden», wie eine Studie von Maurizio Strazzeri, Chantal Oggenfuss und Stefan C. Wolter feststellt. Sie fanden jedoch «eindeutige Belege dafür, dass ein



höherer Anteil an Fremdsprachenunterricht in den Lehrplänen negative Auswirkungen auf die Schullaufbahn männlicher Schüler haben kann».

Die mit grossen Versprechungen und hohen Kosten lancierten neuen Lehrmittel versagten im Praxistest, besonders «Mille feuilles» und «Clin d'œil» für den Französisch-Unterricht. Eine Evaluation am Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg im Auftrag der Kantone ergab 2019: Nur eines von drei Kindern erreichte im Leseverstehen das Lernziel. Im Sprechen, dem Lernziel, auf das besonders Wert gelegt wurde, schaffte es gar nur eines von zehn Kindern. Der Bericht wurde schubladisiert, doch die Forscher stellten ihn ins Netz. Fazit: «Ein beachtlicher Teil der Schüler/innen erreicht am Ende der Primarstufe auch ein elementares Niveau bei den Sprachkompetenzen nicht.»

Im Kanton Basel-Landschaft lancierte die Starke Schule beider Basel eine Volksinitiative für Lehrmittelfreiheit. Sie wurde 2020 mit 85 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Lehrerschaft stieg sofort auf alternative Lehrmittel um. Gemäss einer Erhebung des Amtes für Volksschulen arbeiteten schon 2021/2022 nur noch 7 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der 1. Sekundarschule mit «Clin d'œil».

Während viele Bildungspolitiker und die Bildungsbürokratie in den Kantonen weiterhin an den Erfolg ihrer Schulreformen zu glauben scheinen, hat der Wind in der Bildungsforschung gedreht. Die Sprachforscherin Simone Pfenninger und ihr Kollege David Singleton zeigten in einer Langzeitstudie, dass Frühstarter gegenüber Spätstartern im Fremdsprachenunterricht keine Vorteile haben.

Raphael Berthele, Professor für Mehrsprachigkeit an der Universität Freiburg, hat die Forschung und deren Empfehlungen an die Politik in einer wissenschaftlichen Studie selbstkritisch analysiert. Studien im Bereich der Fremdsprachen seien «durch vage Theorien und eine optimistische Sicht auf den Sprachunterricht und das Sprachenlernen gekennzeichnet».

«Wenn der frühe Französischunterricht nicht die erwarteten Ergebnisse bringt, ist es unsere Pflicht, dies zu berichten und die Annahmen zu hinterfragen, die zu der politischen Empfehlung geführt haben.» Es bestehe «die Gefahr, dass pädagogische Reformen, die auf festen Überzeugungen, aber schwachen Beweisen beruhen, den Schwachen schaden, während begabte Lernende wahrscheinlich auch in den abenteuerlichsten pädagogischen Paradigmen lernen».

Lehrplan 21: Die grosse Reform hat ihr Ziel verfehlt

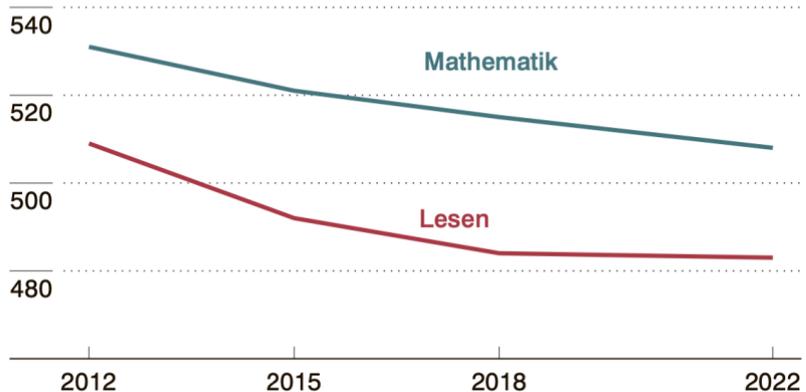
Ab 2015 hielt in den Schweizer Schulstuben ein neues Bildungssystem Einzug: Der Lehrplan 21 beschreibt nicht mehr, welche Inhalte die Lehrer unterrichten sollen, sondern welche «Kompetenzen» die Schüler beherrschen müssen. Er sollte eine Bildungsrevolution auslösen.

Ziel der Reform war eine Harmonisierung der Volksschule. Ein verbindliches Konzept aus Grundanforderungen und erweiterten Kompetenzziele sollte sicherstellen, dass die Qualität gewährleistet und überprüfbar ist.

Gemessen an diesen Zielen ist die Reform gescheitert. Die Leistungen sind nicht besser, sondern schlechter geworden, wie die Pisa-Tests zeigen: Im Lesen und in der Mathematik zeigt der Trend nach unten. Mangels Untersuchungen lässt sich nicht sagen, wie das mit

Die Leistungen werden von Test zu Test schlechter

Punkte gemäss Pisa-Test im Lesen und in der Mathematik



Quelle: OECD



den Schulreformen zusammenhängt. Aber die schlechten Resultate geben den Reformskeptikern Auftrieb.

Bei den Fremdsprachen ist die Harmonisierung nicht gelungen, es ist ein Flickenteppich entstanden, 14 Kantone beginnen mit Englisch, 6 mit Französisch. Die Opposition gegen die Einführung des Lehrplans scheiterte zwar in 14 Kantonen. Aber im Kanton Baselland wehrte sich die Starke Schule beider Basel mit Volksinitiativen und politischen Vorstössen erfolgreich. Um einen Austritt des Kantons aus dem Konkordat zu verhindern, degradierte die Erziehungsdirektorenkonferenz den Lehrplan 21 zu einer «Mustervorlage».

Baselland liess den Lehrplan 21 offiziell bestehen, entwickelte jedoch mit der Lehrerschaft einen praxistauglichen Stofflehrplan. Statt 47 Seiten mit 270 Kompetenzen umfasst dieser zum Beispiel im Fach Mathematik noch 11 Seiten, definiert die Stoffinhalte und setzt klare Jahreslernziele. «Die Lehrkräfte sind frei, aber von den mehr als hundert, die ich kenne, arbeitet natürlich niemand mehr mit dem Lehrplan 21», sagt der Sekundarlehrer Jürg Wiedemann, ehemaliger Kantonspolitiker und Sprecher der Starken Schule beider Basel.

In den anderen Kantonen gilt der Lehrplan 21 weiterhin. «Aber das wird von den Lehrkräften unterlaufen», sagt der Berner Bildungspolitiker und Lehrer Alain Pichard. Auch der Zürcher Bildungspolitiker Hanspeter Amstutz sagt, dass die Lehrkräfte «zu ihrem Schutz den Lehrplan einfach ignorieren».

«Die Schulen sind nicht so gut wie ihre Reformen, sondern so gut wie ihre Lehrer», stellte Rolf Dubs, ehemaliger Professor für Wirtschaftspädagogik, vor 25 Jahren fest. Daran hat sich nichts geändert.

Respekt, Ruhe und Regeln – genügt das?

Sonntag/Doppelpunkt/Ferment, 24/2024, 12. Juni 2024, Stephan Leimgruber

Zukunft der Schule

In einer Gesellschaft, die nach Orientierung und Halt sucht, ist der Ruf nach neuer Autorität in der Schule laut geworden. Doch das Autoritäre der alten Autorität kann es nicht sein. Der Pädagoge Carl Bossard plädiert im Interview mit Stephan Leimgruber für Leadership mit Glaubwürdigkeit im Dialog.

Carl Bossard, wie ergibt sich Autorität?

Vermutlich ist Autorität eine Beziehungsleistung. Ein kleines Beispiel dafür: Wenn ich ein Kind frage: Woher weisst du das?, dann sagt es vielleicht spontan: Mama hat es mir gesagt. Die Mutter ist für das Kind eine Autorität – aus einer Beziehung heraus. Das Kind erkennt die Werte seiner Mutter an. Und genauso ist es bei einer Autoritätsperson. Man bejaht deren Werte. Eine Autoritätsbeziehung ist ein reziprokes Geschehen, ein wechselseitiges Verhältnis. Vertrauen und damit auch Autorität werden einem zugeschrieben – oder eben nicht. Genau wie Glaubwürdigkeit. Beides setzt Format voraus und ist nicht erzwingbar.

Eine glaubwürdige Autorität war beispielsweise Bruder Klaus. Auf ihn hörte man; ihm vertraute man. Was lässt sich für die Erziehung heute von ihm ableiten?

Es gibt eine formale, hierarchische Autorität, die einem übertragen wird und sich aus der Funktion ergibt. Doch formale Autorität bedeutet noch lange nicht personale Autorität. Bruder Klaus verkörperte eine gute Autorität – man glaubte und vertraute ihm aufgrund seiner Person.

Der Begriff Autorität hat es heute schwer.

Er ist nicht selten negativ besetzt und darum so etwas wie ein Anwärter auf die Rolle des Generalbösewichts. Viele haben unter Autoritäten gelitten – unter Vorgesetzten, die durch ihre Amtsautorität



negativ wirkten. Doch wer aufgrund seiner institutionellen Position autoritär auftritt, verliert seine Autorität. Echte Autorität und autoritäres Gebaren schliessen sich aus.

Warum ertönt heute der Ruf nach einer neuen Autorität in der Schule?

Erklärbar ist das nur, weil die personale Autorität – sie galt lange und vielerorts als selbstverständlich – zur Seite geschoben wurde. Lehrerbildung war einst Persönlichkeitsbildung. Doch das Wort Lehrerpersönlichkeit darf man der Political Correctness wegen gar nicht mehr in den Mund nehmen. Es wird tabuisiert. Die aktuelle Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen hin zur Individualisierung vernachlässigt das konsequente Führen einer Klasse. Angehende Lehrer würden heute nicht mehr primär Klassen führen, heisst es. Die Lehrperson sei Coach, und in der Funktion als Partnerin oder Beraterin begleite sie die Lernenden. Der gemeinsame Unterricht sei tendenziell out, die Klassenführung darum sekundär geworden. Das Wort führen hat ohnehin einen schalen Beigeschmack. Es ist durch die deutsche Geschichte verschmutzt.

Das selbstgesteuerte Lernen steht heute stark im Vordergrund. Braucht es da noch Führung?

Führen, so hart dieses Wort für viele klingen mag, ist nicht antiquiert oder gar überlebt. Im pädagogischen Bereich – und dieser Grundsatz gilt wohl überall – kommt es nicht nur auf das Was an, sondern ebenso und vielleicht sogar noch stärker auf das Wie. Es ist entscheidend, wie ich es tue, wie ich es sage, wie ich etwas verlange oder vorlebe. Das gilt auch für das Führen. Führen hat viel mit Fürsorge zu tun. Wenn ich klar und konsequent führe, spürt das Kind, dass ich mich für sein Lernen und sein Vorwärtskommen interessiere. Es spürt, dass ich an seinen Fortschritt glaube und ihm das zutraue. Klarheit tut Kindern gut.

Also braucht es eine Wiederbelebung der engagierten Führung?

Der Neurobiologe und Arzt Joachim Bauer betont, Kinder und Jugendliche würden beides wollen – Verständnis und Führung. Das seien unerlässliche Tragpfeiler eines respektvollen und effizienten Unterrichts. Anders formuliert: Kinder wollen einen fairen Häuptling; sie wünschen sich eine empathische Dirigentin. Kinder suchen einen Leader. In der amerikanischen Pädagogischen Psychologie heisst es darum pragmatisch: Lehrer führen das Lernen und die Lernenden. Wer dieses elementare Handwerkszeug in der Grundbildung gelernt hat, braucht keine neue Autorität. Man ruft nur danach, weil man Grundlegendes lange negiert oder schlicht vergessen hat.

Was wäre an der neuen Autorität denn neu?

Wenig, mindestens für die Schule – trotz des verheissungsvollen Namens. Was sie fordert, ist längst Inhalt der empirischen Unterrichtsforschung, der Hirnbiologie und der Resonanzpädagogik. An die Stelle einer Autorität durch Macht trete eine neue, innere Autorität durch Beziehungsarbeit, heisst es. Damit grenzt sie sich ab gegenüber einer überholten Autorität und von autoritären Personen.

Es geht also um Leadership im Dialog – wie bei Bruder Klaus.

Wenn echte Autorität eine Beziehungsleistung zwischen einer vorgesetzten Person und einem Visavis ist – wie ich überzeugt bin –, dann gehört der Dialog zwingend zu einem vertrauensfördernden Verhalten. Das wissen wir seit Sokrates, seit den alten Griechen. Für sie war der sogenannte sokratische Dialog so wichtig: das Inspiriert-Werden über das Gespräch, über ein wirksames Feedback. Das führt zum Denken als innerem Dialog zwischen mir und mir selber. Das wäre heute zu stärken.



«Schüler lernen mehr, wenn ihr Lehrer streng benotet»

NZZ, 4. Juni 2024, Schweiz, Katharina Fontana

Buben und Migrantenkinder brauchen Noten mehr als die anderen, sagt der Bildungsforscher Stefan Wolter im Gespräch mit Katharina Fontana

Herr Wolter, von Bildungsexperten und Schulleitern wird derzeit viel Kritik an den Schulnoten geübt. Sie seien nicht mehr zeitgemäss, heisst es. Sind Schulen ohne Noten besser?

Wenn drei Lehrer sagen, bei ihnen laufe der Unterricht ohne Schulnoten wunderbar, dann mag das für sie stimmen, doch als Evidenz, um damit ein System zu ändern, genügt das nicht. Wir haben praktisch keine Forschung darüber, ob Schulen mit oder ohne Noten besser funktionieren. Klar ist aus lernpsychologischer Sicht: Ohne Rückmeldung lernt ein Schüler nicht. Wenn man also die Noten abschafft, stellt sich die Frage, wie die Schüler sonst eine schnelle und klare Rückmeldung zu ihrer Leistung erhalten. Mit Smileys? Jüngst habe ich von einem Fall gehört, wo den Kindern ein Baum mit Ästen präsentiert wurde. War die Leistung nicht gut, wurden Äste vom Baum abgeschnitten. Das ist zwar keine Note mehr, doch inwiefern diese Art der Rückmeldung informativ und motivierend sein soll, ist mir ein Rätsel.

Noten seien scheinbar und würden den vielen Facetten eines Kindes nicht gerecht, lautet einer der Kritikpunkte.

Das ist nicht falsch. Noten haben aber den Vorteil, dass sie schnell eine Rückmeldung geben und nicht mehrdeutig sind – das sind zwei Grundvoraussetzungen, damit Feedback Lerneffekte auslöst. Eine Drei ist ungenügend, da gibt es nichts herumzudeuteln. Wird die Leistung dagegen in Worten beschrieben, dann gibt es immer Interpretationsspielraum. Je nach Schüler sieht der eine im Schulbericht nur die positiven Dinge und überliest die negativen oder umgekehrt.

Was halten Sie von der Aussage, dass der Notendruck die Kinder demotiviere?

Man hat aufwendig dazu geforscht, wie sich die Notengebung auf die Leistung auswirkt. Das Ergebnis ist klar: Schüler, deren Lehrer streng benoten, lernen mehr und bringen bessere Leistungen als solche, bei denen die Lehrer milde benoten. Wenn der Lehrer allen Schülern gute oder genügende Noten gibt, dann wird weniger gelernt. Eine grossangelegte neue Studie zeigt, dass strenge Benotung nicht nur die guten Schüler motiviert, sich mehr anzustrengen, sondern auch die schwächeren. Als Grund sehen die Forscher den Effekt auf den Schulabsentismus: Schüler, die bei strengen Lehrern in die Klasse gehen, schwänzen weniger häufig die Schule. Wenn sie wissen, dass sie bei einem Lehrer nur auf eine passable Note kommen, wenn sie den Unterricht regelmässig besuchen, dann tun sie das.

Schüler lernen also nur unter Druck? Von allein geht da wenig?

Es gibt solche, die eher intrinsisch motiviert sind, und solche, die eher auf externe Erfolge wie Noten ansprechen. Das hängt auch vom Geschlecht und von der sozialen Herkunft ab. Mädchen und Schülerinnen und Schüler aus bildungsnahen Familien lernen tendenziell auch dann, wenn sie keine direkte Belohnung für ihre Leistung erhalten. Buben dagegen reagieren stärker auf extrinsische Motivation, ebenso Kinder aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund.

Der Verzicht auf Noten ginge also zur Hauptsache zulasten der Buben und der Migrantenkinder?

Genau, Buben und Migrantenkinder brauchen Noten mehr als die anderen. Generell gilt: Man motiviert einen Primarschüler nicht zum Lernen, indem man ihm sagt, er komme später ins Gymnasium oder verdiene als Erwachsener massenhaft Geld. Die neueste Forschung sagt, dass nur Anreize wirken, die sofortigen Nutzen versprechen. Das kann die Note sein, die er am Tag nach der Prüfung erhält. Schüler sind rational und können ihren Aufwand enorm variieren. Schon Achtjährige überlegen sich, ob eine Stunde Lernen mehr Nutzen stiftet als eine Stunde Fussballspielen.

Beurteilen Lehrer ihre Schüler gerecht?

Viele Studien zeigen, dass Mädchen besser und Buben sowie Migrantenkinder häufig schlechter eingeschätzt werden, als sie effektiv sind. Das geschieht oft unbewusst.

***Das heisst, dass Lehrer den Buben und den Migrantenkindern a priori schlechtere Noten geben?***

In der Tendenz, ja. Laut Untersuchungen übersehen Lehrer bei den Schülern, die nach ihrer Auffassung gut sind, eher Fehler beim Korrigieren. Bei jenen Schülern, die sie als schlecht einschätzen, wird nachkorrigiert, wenn das erste Ergebnis den Erwartungen widerspricht. Das Problem ist hier aber nicht die Note an sich, sondern die verzerrte Beurteilung, die auch ohne Note weiterbestehen würde.

Was lässt sich dagegen unternehmen?

Es braucht standardisierte Leistungstests, nur dann sieht der Lehrer, ob die Einschätzung des Schülers gerechtfertigt ist oder systematisch Verzerrungen vorliegen. Solche Tests werden heute zwar in vielen Kantonen durchgeführt, doch es würde deutlich mehr davon brauchen.

Geben die Schulnoten hierzulande eine gute Prognose für den weiteren Bildungserfolg von Schülern?

Ja, die Note liefert eine gute Aussage darüber, ob eine Person erfolgreich sein wird oder nicht. Für den Bildungsbericht Schweiz 2023 konnten wir uns auf die Noten von zehn Schüler-Jahrgängen im Kanton Aargau abstützen. Dabei zeigte sich: Je höher die Maturanote, desto erfolgreicher sind die ehemaligen Maturanden im Studium.

Wie aussagekräftig sind die Pisa-Resultate?

Bei den Pisa-Tests werden die Schüler in der neunten Klasse getestet, also mit 15 Jahren. Wir haben zwei Kohorten auf ihrem Bildungsweg weiterverfolgt und festgestellt: Die Pisa-Leistung ist recht aussagekräftig für vieles, das nachher folgt. Ob jemand die Matura macht oder später das Studium abbricht: Das korreliert mit der Pisa-Punktzahl, die der Betreffende im Alter von 15 Jahren erreicht hat. Wie bei der Note handelt es sich auch bei der Pisa-Bewertung «bloss» um eine Zahl. Man kann sie also als «scheingenau» kritisieren, doch die gemessenen Unterschiede sagen sowohl etwas über den momentanen Kompetenzstand als auch über das Potenzial aus.

Neben den Noten ist auch der Übertritt am Ende der Primarschule ein heisses Thema. In einer Umfrage sprach sich eine Mehrheit der Schulleiter für die Abschaffung der Selektion aus. Sie schade der Chancengerechtigkeit. Was ist davon zu halten?

Die Kritik ist nicht unberechtigt. Der erste Pisa-Test vor 20 Jahren hat gezeigt, dass Länder wie die Schweiz, in denen eher früh selektioniert wird, bei den Schulleistungen nicht besser dastehen als solche, in denen die Selektion später erfolgt. Aber sie sind ungerechter. Der Zeitpunkt am Ende der sechsten Primarklasse ist aus verschiedenen Gründen nicht wirklich ideal. Zum einen kommen die Kinder dann in die Pubertät, und zum andern befinden sich Buben und Mädchen in ihrer Entwicklung an einem ganz anderen Punkt.

Die Selektion ist nicht endgültig. Schüler, die leistungsmässig zulegen, können ja später in ein höheres Niveau eingestuft werden.

Das ist die Theorie, doch in der Praxis findet das kaum statt. Auch wenn ein Realschüler supergut ist, wird er nicht hinaufgestuft, sondern bleibt in seiner Stufe. Bei näherem Hinsehen zeigt sich oft, dass der Lehrer nicht den einzigen Leistungsträger in der Klasse verlieren will. Den Eltern wird gesagt, eine Versetzung wäre schlecht für das Kind, denn in der Realschule gehöre es zu den Besten und in der Sekundarschule dann zu den Schlechtesten. Kinder wollen zudem häufig auch nicht die Klasse wechseln, da ein neues Umfeld auch wieder Stress hervorruft.

Die Pisa-Punktzahl und die Maturanote haben eine gute Aussagekraft, die Note am Ende der Primarschule aber nicht?

Mit 15, 16 Jahren hat man einen Entwicklungsstand erreicht, der über die persönlichen Leistungen ziemlich gut Auskunft gibt. Vorher ist das nicht der Fall. Hinzu kommt, dass bildungsnahe Eltern wissen, was der Übertritt bedeutet und wie sie ihr Kind unterstützen können. Je länger man die Selektion hinauszögert, desto schwieriger wird es aber für die Eltern, mit zusätzlichem «Doping» fehlendes Potenzial auszugleichen.

Engagierte Eltern leisten ihrem Kind durchaus auch bis zum Alter von 15 Jahren Unterstützung, wenn sie es für hilfreich erachten. Warum sollen die Unterschiede zwischen den bildungsfernen



und den bildungsnahen Kindern schwinden, wenn die Schüler bis zum Ende der neunten Klasse zusammenbleiben?

Die schwächeren Schüler behalten die guten Schüler als positive Referenzpunkte und sehen, welche Leistung möglich ist. Diese positiven, sogenannten Peer-Effekte verschwinden, wenn man die Klassen leistungshomogen einteilt. Zudem könnte man eben diese zu ungenaue Selektion hinauszögern, die im System später nur noch mangelhaft korrigiert wird.

Die schwachen Schüler profitieren also, wenn die Selektion wegfällt. Doch wie wirkt es sich auf die guten Schüler aus, wenn sie bis zur neunten Klasse mit den schlechten zusammen sind?

Sehr gute Schüler sind praktisch immun gegen die Anwesenheit von schwächeren Schülern.

Egal, wie viele schlechte Schüler es in einer Klasse hat?

Nein, es gibt schon einen Kippeffekt, aber der tritt bei den wirklich sehr guten Schülern erst ein, wenn rund die Hälfte der Klasse aus schwachen Schülern besteht. Aber die Eltern der guten Schüler glauben das natürlich nicht und wollen, dass ihr Kind mit anderen guten Schülern unterrichtet wird, was dazu führt, dass gute mit guten Schülern in eine Klasse gesetzt werden und schlechte mit schlechten Schülern. Man muss natürlich aber auch darauf hinweisen, dass der Widerstand der Eltern gegen die Abschaffung der Selektion sicher geringer ausfallen würde, wenn sie davon ausgehen könnten, dass ihre Kinder von den Lehrern auch unabhängig von der Klassenzusammensetzung nach ihrem individuellen Potenzial gefördert werden.

In der ersten Pisa-Studie aus dem Jahr 2000 zeigte sich, dass ein Fünftel der Schüler selbst einfache Texte nicht verstand. Doch statt sich auf die Verbesserung bei der Erstsprache zu konzentrieren, hat man Frühfranzösisch und Frühenglisch eingeführt. Das ist schwer zu verstehen.

Wir sind heute bei der Lesekompetenz gleich schlecht wie im Jahr 2000, und bei der Gruppe der Schüler, die minimale Kompetenzen erreichen, ist man sogar zurückgefallen. Man hat das Problem nicht in den Griff bekommen. Die Verantwortung dafür liegt aber meines Erachtens nicht beim früheren Fremdsprachenunterricht. Abgesehen von sehr schlechten Schülern leiden Kinder nicht darunter, wenn sie parallel verschiedene Sprachen lernen, wie eine grossangelegte Vergleichsstudie der Universität Aarhus zeigte.

Man lernt in der siebten Klasse aber effizienter Französisch als in der dritten.

Das ist unbestritten. Doch wenn nur dieses Kriterium zählen würde, müsste man auch den Mathematikunterricht auf später verschieben. Niemand kämpft gegen Frühmathematik, ebenso wenig gegen Frühenglisch. Nur das Frühfranzösisch ist umstritten. Beim Französisch müssen wir ehrlich zu uns sein: Deutschschweizer wollen mehrheitlich nicht Französisch lernen, und umgekehrt machen die Welschen auch nicht gerade Freudensprünge im Deutschunterricht. Französisch ist unbeliebt, egal, ob man in der dritten oder in der siebten Klasse damit beginnt. Wenn man also etwas verbessern will, dann muss es gelingen, den Schülern zu vermitteln, dass Französisch ebenso zur heutigen Lebensrealität gehören kann wie Englisch. Beispielsweise durch intensiveren Sprachaustausch.



Grammatik des Lernens

NZZ, 14. Juni 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Bildungsforscher Stefan Wolter verweist auf die Pisa-Resultate und charakterisiert sie als «ausagekräftig» («Schüler lernen mehr, wenn ihr Lehrer streng benotet», NZZ 4. 6. 24).

25 Prozent der 15-Jährigen in der Schweiz könnten nur ungenügend lesen, diagnostiziert die Pisa-Studie 2022: Jeder vierte Schulabsolvent ist nach neun Schuljahren nicht imstande, einem einfachen Text alltagsrelevante Informationen zu entnehmen. Er vermag das Geschriebene zwar zu entziffern, versteht aber das Gelesene im Gesamtkontext nicht. Das ist besorgniserregend. Lesen bleibt der Schlüssel fürs Lernen und für die Teilhabe an der Welt.

Zur Grammatik des Lernens gehört eben eines: Wiederholen. Wir müssten darum den Mut zum Üben revitalisieren. Üben im Kontext von Leseverstehen meint kontinuierliches Lesen von zunehmend anspruchsvoller werdenden Texten. Das kommt heute zu kurz. Die Zeit fehlt. Auch darum sind zwei Fremdsprachen in der Primarschule zu viel. Das will Stefan Wolter nicht wahrhaben. Lehrpersonen wissen es, und ihre Alltagserfahrung zeigt es. Auf sie müssten die Bildungsverantwortlichen hören.

Carl Bossard, Gründungsrektor Pädagogische Hochschule Zug, Stans

Ausbildung ist viel zu theorielastig

Tages-Anzeiger, 11. Juni 2024, Forum, Leserbrief

«*Tages-Anzeiger*» vom 3.6. «*Das Bildungssystem ist das Problem, nicht wir*»

Dass bei der Lehrerdemo endlich einmal jener Missstand hervorgehoben wurde, welcher schon seit Jahren von manchen Leuten angeprangert wird, ist erfreulich. Die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule erfolgt viel zu theorielastig und akademisiert. Der Erstklasslehrer, der monierte, zahlreiche geeignete Interessentinnen müssten auf eine Lehrtätigkeit verzichten, weil sie nicht über den passenden Schulabschluss verfügten, hat völlig Recht. Für den Alltag wäre mehr praktische Ausbildung weit wichtiger als eine Fülle oft wenig sachdienlicher Theorie. Auch das trifft zu: Die Belastung durch administrative Aufgaben sollte auf ein unumgängliches Minimum gesenkt werden, wodurch Zeit frei wird für die Bedürfnisse der Kinder. Das Motto hingegen, wonach grosse Klassen viel Probleme bringen und kleine wenig, stimmt nicht. Entscheidend ist die Zusammensetzung: Eine Abteilung mit 18 Kindern, davon zwei schwierige, kann eine Lehrperson weit mehr belasten als eine mit 25 problemlosen Kindern. Der Ruf nach zwei Lehrerinnen pro Klasse ist im Hinblick auf die angespannte Personalsituation völlig unrealistisch. Und die vielen unausgebildeten Klassenassistenten, die oft lediglich ein einzelnes Kind betreuen, zeigen doch klar, dass die Integration nicht funktioniert und kleine Förderklassen zweckdienlicher wären.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Schlimmer als vor 30 Jahren

Tages--Anzeiger, 11. Juni 2024, Forum, Leserbriefe

«*Tages-Anzeiger*» vom 4.6. «*Kantonsrat will gegen Teilzeitkultur an Schulen vorgehen*»

Wenn um Pensen von Lehrpersonen gestritten wird, dann wird gerechnet, gezählt, mit früher verglichen. Marc Bourgeois bemängelt, heute würden fünf Lehrpersonen an einer Klasse unterrichten,



statt wie früher eine. Wie bitte soll denn eine einzige Lehrperson heute zugleich Integrierte Förderung, Deutsch als Zweitsprache und Textiles und Technisches Gestalten in Halbklassen oder Kleingruppen unterrichten? Selbst wenn all diese beteiligten Lehrpersonen 100 Prozent arbeiten, sind immer noch mindestens vier an einer Klasse beteiligt, weil sie unterschiedliche Ausbildungen und Qualifikationen mitbringen. Stellen Sie sich vor, was es an Kraft braucht, sich einen Tag lang mit Kindern abzumühen, deren Eltern sich einer Abklärung entgegenstellen oder Diagnosen weder anerkennen noch Therapien einrichten. Zwei Klassenlehrpersonen sind eine sehr gute Lösung, um allen nervenaufreibenden Aufgaben nachzukommen, die in diesen Fällen gefragt sind. Die kleinen Pensen sind nicht das Problem sondern es ist die Heterogenität bei gleichzeitiger Erwartung von individuellem Unterricht - und das alles bei fehlenden Ressourcen. Es ist betrüblich, dass Zahlen wie Keulen geschwungen werden und vergessen geht, wie viele Lehrpersonen abends erschöpft ins Bett sinken.

Olivia Franz-Klauser, Zürich

Am Samstag demonstrierten über 1500 Teilnehmende in Zürich für bessere Bedingungen an den Volksschulen: mehr Zeit für den Unterricht und weniger Administration. Eine der Aussagen der Lehrkräfte: «Wer könne, reduziere das Pensum, um ein Burn-out zu vermeiden.» Zwei Tage später wird im Kantonsrat ein Vorstoss abgelehnt, mehr Arbeitszeit den Klassenlehrpersonen für ihre Funktion anzurechnen, um sie vor Überlastung zu schützen. Dagegen wird ein Vorstoss abgenommen, der höhere Mindestpensen fordert. Diese Rechnung geht nicht auf. Eine Lehrperson, die zur Vermeidung des Burn-outs ihr Pensum reduziert hat, wird nun nicht wieder ein grösseres Pensum auf sich nehmen, sondern eher den Beruf wechseln und so den Lehrkräftemangel vergrössern. Als in den Neunzigerjahren der heutige ZLV (Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband) als Dachorganisation der verschiedenen Lehrkräfteverbände entstand, wurde ich als Vertreter der Mehrklassenlehrkräfte in den Vorstand gewählt. Gebeten, meine Motivation dazu in einem Satz festzulegen, schrieb ich sinngemäss: «Ich bin sehr besorgt über den zunehmenden Vorrang des Administrativen vor dem Pädagogischen in der Bildungsdirektion.» Das war bereits vor 30 Jahren. Und heute? Höre ich, dass es sogar noch schlimmer geworden sei.

Felix Ziegler, Regensdorf

«Das weiss man schon lange»

NZZ am Sonntag, 9. Juni 2024, Leserbriefe

«Der Schulstress nimmt zu. Pädagogen warnen vor den Langzeitfolgen»

Was neulich ein Team der Uni Bern herausgefunden hat, überzeugt. Wenn es den Kindern in der Schule wohl ist, lernen sie besser. Eine grosse Rolle spielt vor allem die Beziehung zur Lehrperson und zum ganzen Klassenverband.

Nur: Dafür hätte es keine neue Untersuchung gebraucht; das weiss man schon lange. Viele Pädagoginnen und Pädagogen finden es deshalb total falsch, den bewährten Klassenunterricht in kleinem Rahmen zu verteufeln und als Ideal abgeschottete, einzelne Lernplätze in unpersönlichen Grossräumen anzustreben. Kein Wunder, wirkt sich das oft langfristig auf die Psyche der betroffenen Kinder aus.

Hans-Peter Köhli, Zürich

«Das Bildungssystem ist das Problem, nicht wir»

Tages-Anzeiger, 3. Juni 2024, Zürich, Tina Fassbind

Bildungsdemo • Kleinere Klassen, mehr Zeit für den Unterricht und weniger Administration: Rund 1500 Lehrerinnen und Lehrer haben in Zürich ihre Forderungen auf die Strasse getragen.



Zogen für die Bildung durch die Strassen: Lehrerinnen und Lehrer aus dem Kanton Zürich. Foto: Dominique Meienberg

Das Kollektiv Kritische Lehrpersonen - kurz Krilp - hat am Samstag zur Demonstration «Für das Recht auf gute Bildungsbedingungen» gerufen. Mehrere Hundert Menschen sind dem Aufruf gefolgt.

Während zweieinhalb Stunden zog der Tross mit lauter Musik und Gesang durch Zürich. Dabei schlossen sich ihm immer mehr Menschen an. Rund 1500 Personen waren es gemäss Schätzung eines Polizeibeamten am Ende. Die Organisatoren gingen sogar von 3000 Teilnehmenden aus. Dass so viele Menschen teilnehmen würden, überraschte selbst das Kollektiv. «Vor allem bei dem Wetter», sagt ein Mitglied.

Die Demonstration ist friedlich verlaufen und endete um 17 Uhr mit einer Schlusskundgebung auf dem Helvetiaplatz.

Unter den Teilnehmenden herrschte eine fast schon familiäre Stimmung. Die Demonstrierenden setzten sich aus allen Altersklassen zusammen. Auf Plakaten und Fahnen trugen sie ihre Botschaften durch die Strassen und skandierten lautstark «Nöd mir sind s Problem, sondern s Bildigssystem!»

Mehr Zeit für die Betreuung

Bereits beim Start der Kundgebung auf dem Helvetiaplatz hatten Mitglieder des Kollektivs flammende Reden für mehr Zeit für den Unterricht und die Betreuung der Schülerinnen und Schüler gehalten.

Das Thema Integration kam ebenfalls aufs Tapet. «Man kann nicht nur in marktconforme Normkinder investieren. Inklusion ist kein Kostenfaktor, sondern ein Menschenrecht», sagte eine Rednerin.

Sogar ein kleines Theaterstück wurde auf dem Platz inszeniert. «Ich unterrichte 28 Erstklässlerinnen und Erstklässlern. Einige von ihnen können nicht einmal die Schuhe selber binden. Könnt ihr mir helfen?», fragte eine Demonstrierende zwei andere, die Masken von Bildungsdirektorin Silvia



Steiner und Filippo Leutenegger, Vorsteher des Stadtzürcher Schul- und Sportdepartements, trugen. Die beiden gaben ausweichende Antworten - aber keine Hilfe.

Die Belastung im Schulalltag sei in den letzten Jahren konstant gestiegen, schrieb das Kollektiv beim Aufruf zur Demonstration auf seiner Website. «Wir alle bekommen das Versagen der Bildungspolitik täglich zu spüren.»

Lehrpersonen würden krankheitshalber ausfallen. Wer könne, reduziere das Pensum, um ein Burn-out zu vermeiden. Stellvertretungen seien Jahr für Jahr schwieriger zu finden, und der häufige Wechsel von Bezugspersonen an Schulen sei auch für die Kinder belastend.

Nachhaltige Lösungen

Aus diesen Gründen forderte Krilp unter anderem kleinere Klassen auf allen Stufen, mehr Zeit für den Unterricht und Entlastung bei den administrativen Arbeiten, mehr ausgebildetes Personal sowie kindgerechte Räume und Schulzeiten. «Wir brauchen keine Symptombekämpfung, sondern nachhaltige Lösungen und einen Systemwandel», so der Tenor.

Die Teilnehmenden hatten ganz konkrete Vorschläge, was sich ändern sollte. «Ich würde die Ausbildung für den Lehrberuf praxisorientierter gestalten», sagte die 33-jährige Primarlehrerin Sophie Schmidt. Ihre Arbeitskollegin Natascha Hossli pflichtete ihr bei. «Sowohl Beruf als auch Ausbildung müssen attraktiver werden, damit sich mehr Menschen für diesen Job entscheiden», sagte die 30-Jährige.

Auch Andi Tschannen, der in Zürich eine 1. Primarschulklasse unterrichtet, sah das Hauptproblem in der Ausbildung. «Sie ist akademisiert, das ist nicht hilfreich», sagte der 55-Jährige. Oft hätten Personen das Talent für den Beruf, könnten ihn aber nicht ausüben, weil sie nicht den passenden Schulabschluss hätten. «Man müsste den Schwerpunkt der Ausbildung auf die Praxis und nicht auf die Theorie legen.»

Arbeitsgruppe geplant

Hilfreich wäre es auch, wenn die Lehrerschaft von den Eltern «mehr Rückendeckung» erhielte, sagte der 55-jährige Kanti-Lehrer Rainer Steiger. «Sie unterstützen ihre Kinder mehr als uns, dabei wollen wir dasselbe: das Beste für die Kinder.»

Nach der Demonstration will Krilp eine Arbeitsgruppe aufbauen, welche sich für die Umsetzung der Forderungen einsetzt. «Diese Demonstration ist nur der Anfang. Damit haben wir ein erstes Zeichen gesetzt», sagte ein Mitglied des Kollektivs.

Wie schwierig es ist, die Lehrerschaft als Ganzes zu mobilisieren, zeigte sich auch an der Organisation der Demonstration. Neben Krilp standen der VPOD, der Verband des Personals öffentlicher Dienste Zürich, die Kriso (Kritische Sozialarbeit) und die Trotzphase, eine Gruppe von Fachpersonen der schul- und familienergänzenden Kinderbetreuung, hinter der Protestaktion. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) war nicht dabei.

Der Lohn ist der falsche Hebel

NZZ, 6. Juni 2024, Meinung & Debatte, Marius Huber

Mini-Pensen an Schulen

An einer durchschnittlichen Zürcher Schule arbeiten 20 bis 30 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer maximal zwei Tage pro Woche. Dieser Wert weicht deutlich von der Norm der Schweizer Arbeitswelt ab, wie die Beschäftigungsstatistiken des Bundes zeigen. Die Erklärungen dafür reichen von Überlastung bis Bequemlichkeit, von privater Familienplanung bis zu bürokratischen Vorgaben seitens der Schulbehörden, und an allen ist etwas dran.



Es herrscht weitgehend Einigkeit, dass die vielen Klein-Pensen der Qualität der Volksschule nicht guttun. Sie erschweren enge Beziehungen zu den Schülern, bringen Unruhe ins Klassenzimmer. Nicht zuletzt kosten sie auch Geld, weil es Koordinationsaufwand und Reibungsverluste gibt. Zudem müssen dadurch mehr Lehrer ausgebildet werden, um alle Stellen zu besetzen. Der Zürcher Kantonsrat hat deshalb diese Woche auf Betreiben der FDP Massnahmen angeregt, die es für Lehrkräfte attraktiver machen sollen, ihren Beschäftigungsgrad zu erhöhen und mehr Verantwortung zu übernehmen. Es ist nicht der erste Vorstoss in diese Richtung, aber der erste, der auch bei den Löhnen ansetzen will.

Angeregt wird ein Strauss an finanziellen Anreizen: von Einmalprämien über vorübergehende Boni bis hin zu einer dauerhaften Anhebung der Löhne für Lehrerinnen und Lehrer mit einem Pensum von 80 Prozent und mehr. Es ist – das muss man hier deutlich sagen – der falsche Hebel. Lehrerinnen und Lehrer verdienen im Kanton Zürich genug. Berufseinsteiger auf Primarstufe bekommen fast 98 000 Franken im Jahr. Das sind 20 Prozent mehr als im Durchschnitt der anderen Deutschschweizer Kantone. Wenn schon, müsste man also die Löhne für Mini-Pensen kürzen. Das aber wäre realpolitisch nicht durchsetzbar. Überdies ist fraglich, wie gut finanzielle Anreize bei Lehrerinnen und Lehrern überhaupt funktionieren.

Bezeichnenderweise zweifelt man nicht nur beim Verband der Schulpräsidenten daran, die sich täglich mit Klein-Pensen herumschlagen müssen. Auch der Erfinder des politischen Vorstosses selbst ist skeptisch: Wer nur 50 Prozent arbeite, habe in der Regel einen guten Grund dafür und bleibe dabei, sagt Marc Bourgeois.

Die Statistik zeigt, wo der Kern des Problems liegt: Viele Lehrerinnen reduzieren das Pensum, wenn sie Kinder bekommen, und erreichen daher nie mehr den Beschäftigungsgrad von zuvor. Ein langjähriger Schulleiter sagt, er habe es nie erlebt, dass eine Lehrerin mit vollem Pensum zurückgekommen sei. Dahinter stehen traditionelle Familienmodelle mit dem Mann als Hauptverdiener. Die Volksschule ist im Vergleich mit anderen Arbeitgebern besonders empfänglich für Teilzeit-Lösungen. Einerseits, weil sie wegen des Lehrermangels nicht wählerisch sein kann, andererseits aus systemimmanenten Gründen. Während früher ein Lehrer pro Klasse genügte, rechnet das kantonale Volksschulamt heute mit etwa 125 Stellenprozent für eine Klasse. In der Praxis läuft das oft darauf hinaus, dass sich jemand mit einem hohen Pensum und jemand mit einem tiefen eine Klasse teilen. Erschwerend kommt hinzu, dass die bewilligten Stellenprozente Jahr für Jahr schwanken, je nach Kinderzahl – darum sucht eine Schule nicht selten Personal für genau zwei Stunden an einem Nachmittag.

Solange sich der Arbeitsmarkt und die Familienmodelle nicht in der Breite wandeln, wird sich an der Sonderstellung der Schule wenig ändern. Wichtiger, als mit nutzlosen Lohnanreizen gegen Klein-Pensen vorzugehen, ist es deshalb, die Arbeitsbedingungen für jene zu verbessern, die intrinsisch motiviert sind, mit hohem Pensum zu arbeiten. Denn ihr Anteil sinkt. Sie müssen von administrativen Nebenaufgaben entlastet werden und genügend Zeit bekommen für das, was zählt: auf Kinder eingehen, mit Eltern Probleme lösen, ein positives Schulklima schaffen. Sie brauchen nicht mehr Geld, sondern weniger Stress. Immerhin: Den zweiten Teil hat die Zürcher Politik inzwischen verstanden.

«Der Lohn ist der falsche Hebel»

NZZ, 14. Juni 2024, Meinung & Debatte, Leserbrief

Wie ehrlich verläuft die Diskussion um den Lehrkräftemangel und seine Ursachen an der Zürcher Volksschule? Weitgehend einig ist man sich darüber, dass finanzielle Anreize, wie jüngst im Kantonsrat angeregt, diesen Missstand nicht nachhaltig aus den Schulstuben zu verbannen vermögen.



Im Kommentar wird zu Recht darauf hingewiesen, dass der Vorstoss der FDP in die falsche Richtung zielt (NZZ 6. 6. 24).

Um die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern, müssen Pädagogen wirksam entlastet werden. Auch diese Erkenntnis hat sich mittlerweile vielerorts durchgesetzt. Doch es fällt auf, dass in diesem Katalog einem Faktor zu wenig Beachtung geschenkt wird, der schon seit unsäglich vielen Jahren zur chronischen Überbelastung der Lehrer im Unterricht führt: die integrative Schule.

Wie der Autor trefflich schreibt, sind ein positives Klima und das Eingehen auf die Kinder von enormem Wert – wohlverstanden auf alle Kinder. Beides klappt indes nur, wenn die Zahl der Lernenden nicht zu gross und jene der Störenfriede möglichst klein ist.

Politik und Gesellschaft müssen bereit sein, in allen Schulgemeinden des Kantons Zürich die Wiedereinführung von Klein- oder Förderklassen zu erleichtern. Aus eigenem Antrieb motivierte Lehrer arbeiten in einem erträglichen Umfeld, und in die Klassenzimmer kehrt Ruhe ein.

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Faule Teilzeitlehrerinnen sind nicht das Problem

Tages-Anzeiger, 5. Juni 2024, Meinungen, Jigme Garne

Die durchschnittliche Zürcher Lehrperson arbeitet 69 Prozent. Das ist wenig - aber kein Grund für eine Strafaktion.

Im Zürcher Kantonsrat hat die FDP einen Vorstoss durchgebracht, der überproportional mehr Lohn für Lehrkräfte fordert, die mindestens in einem 80-Prozent-Pensum arbeiten. Die Bürgerlichen stören sich an der angeblichen «Teilzeitkultur» an Schulen. Statt die Symptome zu bekämpfen, lohnt es sich, die Ursachen zu betrachten. Ja, es gibt sie bestimmt: Lehrkräfte, die wenig arbeiten, weil sie gut genug verdienen und ihre Prioritäten woanders im Leben setzen. Sie sind aber nicht der Hauptgrund, weshalb das durchschnittliche Anstellungsverhältnis an den Zürcher Schulen nur 69 Prozent beträgt, 2 Prozentpunkte weniger als noch vor sieben Jahren.

Erstens arbeiten an Schulen viele Menschen, die Beruf und Familie vereinbaren. Die Teilzeitarbeit lohnmässig schlechterzustellen, könnte diese Personen vergraulen und den Lehrkräftemangel verstärken statt lindern.

Zweitens kürzen viele ihr Pensum wegen der hohen Arbeitslast. Gemäss der Arbeitszeiterhebung 2019, die das Zürcher Sozialforschungsbüro Brägger im Auftrag des Dachverbands der Lehrpersonen durchgeführt hat, arbeiten Lehrkräfte je nach Schulstufe 9 bis 16 Prozent mehr, als vertraglich vereinbart wäre. Und dies, obwohl sie nur Anspruch auf vier Wochen Ferien haben - und nicht, wie landläufig oft angenommen, während 13 Schulferienwochen auf der faulen Haut liegen.

Die Ansprüche an die Lehrpersonen sind gestiegen, hinzu kommen die Bürokratie und diverse Ämtli. Weil die zur Verfügung gestellte Zeit nicht ausreicht, sammeln sich unzählige Überstunden an, die nicht kompensiert oder vergütet werden. Es ist Gratisarbeit für den Staat. Hier muss die Politik ansetzen.

Um nicht auszubrennen, würden viele eher ihr Arbeitspensum kürzen als bei den Kindern und dem Unterricht Abstriche zu machen, schreiben die Autorinnen der Arbeitszeiterhebung. Dieser Grad an Professionalität verdient Anerkennung und nicht Kritik. Gute Arbeit finanziell zu belohnen, ist angemessen. Allein für ein grösseres Arbeitspensum gibt es schon ein höheres Gehalt. Das reicht.
